

Niederschrift

Rat/IX/16

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 21.01.2016 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend sind:

Der Bürgermeister

Gottheil, Christoph Bürgermeister

Die Ratsmitglieder

Böwing, Anna-Lena
Branse, Martin Fraktionsvorsitzender SPD
Deitert, Frederik
Eilmann, Dirk
Eimers, Alfred
Espelkott, Tobias
Fedder, Ralf
Förster, Richard
Gövert, Hermann-Josef
Hemker, Leo
Kreutzfeldt, Klaus-Peter
Mensing, Hartwig Fraktionsvorsitzender WIR
Neumann, Michael
Rahsing, Ewald
Reints, Hermann
Schubert, Franz
Schulze Baek, Franz-Josef
Söller, Hubert
Steindorf, Ralf Fraktionsvorsitzender CDU
Tendahl, Ludgerus
Wigger, Bernhard

Von der Verwaltung

Roters, Dorothea Allgemeine Vertreterin
Croner, Wolfgang Fachbereichsleiter
Völker, Manuela Schriftführerin

Es fehlen entschuldigt:

Die Ratsmitglieder

Fehmer, Alexandra
Kreutzfeldt, Brigitte
Lembeck, Guido
Lethmate, Frederik Maximilian

Weber, Winfried

Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Gottheil begrüßt die Ratsmitglieder, die Zuschauer sowie Herrn Wittenberg von der Allgemeinen Zeitung Coesfeld zur ersten Sitzung des Rates im neuen Jahr 2016.

Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 12. Januar 2016 form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (1. Teil)

1.1 Anfrage über die Kosten für Flüchtlinge - Herr Krug

Herr Krug erläutert, dass die Bundeskanzlerin Frau Merkel erklärt habe, die Bürger würden durch die Flüchtlingsunterbringung nicht belastet werden. In diesem Zusammenhang bittet er um Mitteilung, wie hoch die Ausgaben für Flüchtlinge in Rosendahl in den Jahren 2014, 2015 und 2016 gewesen seien. Außerdem möchte er wissen, wie hoch die Erstattungen durch den Bund bzw. das Land NRW seien, ob noch woanders Kosten hierfür anfielen, z.B. in der Kreisumlage, und wie sich diese Ausgaben finanzierten.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass Herr Krug inhaltlich vergleichbare Fragen vorab per Mail bereits an die Verwaltung geschickt habe. Alle Aufwendungen für Flüchtlinge beliefen sich im Jahr 2014 auf rd. 463.000,-- € und im Jahr 2015 auf ca. 950.000,--€. Erstattet wurden durch das Land NRW für das Jahr 2014 insgesamt rd. 90.000,-- € und für 2015 lt. vorläufigem Ergebnis 617.000,-- €. Damit liegt für 2014 ein Kostendeckungsgrad von 19,5 % und für 2015 von 65,0 % vor. Das Defizit beläuft sich somit für 2014 auf ungefähr 354.000,-- € und für 2015 auf ca. 292.000,-- €. Die rechnerische Ermittlung der Belastung der Gemeinde Rosendahl durch Leistungen für Asylsuchende aus dem Zahlbetrag der Kreisumlage heraus ist nicht differenziert möglich. Da der Kreis Coesfeld im Jahr 2016 jedoch ca. 15 Personen in den Aufgabenbereichen der Ausländerbehörde, des Kreisjugendamtes sowie für das neu zu bildende Kommunale Integrationszentrum (insoweit voraussichtlich gegen Kostenerstattung des Landes) neu einstellen möchte, werden sich diese Personalkosten auf die Kreisumlage niederschlagen. Für Rosendahl ergab sich eine annähernd gleichbleibende monatliche Belastung für 2014 von 716,-- € und für 2015 von 715,-- €. Für 2016 ist eine monatliche Erstattung je Flüchtling geplant, wobei es auch noch zu Nacherstattungen kommen kann. Ab dem Jahr 2017 erfolgt dann eine Spitzabrechnung von voraussichtlich monatlich 833,-- € je Flüchtling. Diese Abrechnung enthält aber noch viele Unbekannte, so dass evtl. die Kosten nicht voll erstattet werden.

2 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO

2.1 Sachstand zur Geräusentwicklung am K+K-Markt in Darfeld - Herr Espelkott

Ratsmitglied Espelkott teilt mit, dass in der vorletzten Planungs-, Bau- und Umweltausschusssitzung beschlossen wurde, aufgrund der Geräusentwicklung am K+K-Markt in Darfeld dort Messungen durchzuführen. Er fragt, ob dies bereits erfolgt sei.

Allgemeine Vertreterin Roters erklärt, dass noch keine Messungen durchgeführt worden seien, es bisher aber auch keine weiteren Beschwerden gegeben habe.

Ratsmitglied Neumann teilt mit, dass das Gewerbeaufsichtsamt solche Geräusmessungen kostenlos durchführe.

2.2 Straßenzustand der Zuwegung zur Burloer Mühle - Herr Espelkott

Ratsmitglied Espelkott teilt mit, dass die Seitenränder der Zuwegung zur Burloer Mühle in einem erbärmlichen Zustand seien. Dies führe zu gefährlichen Situationen. Die Gemeinde soll prüfen, ob der Wirtschaftsweg wegen der Verkehrssicherungspflicht repariert werden müsse.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass es der Verwaltung nicht bekannt sei, dass diese Seitenränder der Straße in einem derart schlechten Zustand seien. Die Anregung werde aufgenommen und mit dem Bauhofleiter, Herrn Aversch, besprochen.

2.3 Sachschaden durch Flüchtlinge - Herr Neumann

Ratsmitglied Neumann fragt, ob dem Bürgermeister der Sachschaden einer Darfelderin bekannt ist. Es hätten wohl Flüchtlinge Fahrräder auf ihr Auto geworfen. Da die Darfelderin eigentlich selbst zur Sitzung kommen und den Sachverhalt schildern wollte, will Herr Neumann hierauf auch nicht weiter eingehen.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass ihm und dem zuständigen Fachbereichsleiter Croner ein entsprechender Sachverhalt nicht bekannt sei.

2.4 Gruppenhaftpflichtversicherung für Flüchtlinge - Herr Deitert

Ratsmitglied Deitert fragt, ob die Verwaltung ein Angebot für eine Gruppenhaftpflichtversicherung für Flüchtlinge eingeholt habe und wie die Kommunen im Umkreis dies handhaben.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass er auf der nächsten Bürgermeisterkonferenz diesbezüglich nachfragen werde.

2.5 Kostenlose HotSpots - Herr Deitert

Ratsmitglied Deitert erkundigt sich, ob angedacht sei, kostenlose HotSpots in den Ortsteilen anzubieten. Diese könnten mit geringem finanziellem Einsatz eingerichtet werden. Er bittet, dies zu prüfen.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass ihm das Angebot von „Freifunk“ bekannt sei. Die Angelegenheit werde verwaltungsseitig geprüft.

Anmerkung:

Im Nachgang zur Ratssitzung sind Gespräche mit umliegenden Kommunen zu Erfahrungen mit dem „Freifunk“-Angebot geführt worden. Ziel dieses Angebots sei es, flächendeckend eine gute und kostenlose Internetverfügbarkeit im öffentlichen Raum über freies WLAN zu erzielen. Hierfür kommen gemeindliche und im Privateigentum stehende Immobilien (z.B. von Gewerbetreibenden) als Standorte für entsprechende Router in Betracht. Es ist vorgesehen, zunächst für Testzwecke im Rathaus einen HotSpot einzurichten. Wenn das Angebot gut angenommen wird, können ggf. weitere Standorte in allen drei Ortsteilen vergleichbar ausgestattet werden.

3 Bericht aus anderen Gremien

Ratsmitglied Söller berichtet von Versammlungen der EUREGIO e.V. bzw. vom neuen kommunalen Zweckverband EUREGIO, die am 08.01.2016 in der Bürgerhalle in Gronau stattfanden. An diesem Tag wurden in verschiedenen Gremiensitzungen die

Beschlüsse vom Mai 2015 zur Auflösung des Vereins sowie zur Neugründung der EUREGIO in der Rechtsform eines kommunalen Zweckverbandes umgesetzt.

Ein besonderes Highlight bei dieser Veranstaltung war die Verleihung des People-to-People Preises an das grenzüberschreitende Polizeiteam aus Bad Bentheim.

4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen

Die Allgemeine Vertreterin Roters berichtet über die Durchführung der Beschlüsse aus der Ratssitzung am 17. Dezember 2016

Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

5 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift gemäß § 24 Abs. 5 Gescho

Bürgermeister Gottheil fragt, ob es Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Rates am 17. Dezember 2015 gibt.

Da dies nicht der Fall ist, fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Die öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Rates RAT/IX/15 am 17. Dezember 2015 wird hiermit genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6 Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen Stellungnahme der Gemeinde Rosendahl zu der erneuten Beteiligung der öffentlichen Stellen Vorlage: IX/308

Der Beschlussvorschlag wird ohne Aussprache angenommen.

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen (Stand 22.09.2015) wird zur Kenntnis genommen. Anregungen und Bedenken werden nicht vorgetragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7 50. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rosendahl für den Bereich "Nordwestlich der Holtwicker Straße" im Ortsteil Osterwick Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Feststellungsbeschluss
Vorlage: IX/315**

Bürgermeister Gottheil liest den Beschlussvorschlag vor. Wortmeldungen erfolgen nicht.

Beschlussvorschlag:

Die der Sitzungsvorlage Nr. IX/315 zu den **Anlagen I bis IV** beigefügten Beschlussvorschläge werden bestätigt.

Den der Sitzungsvorlage Nr. IX/315 zu den **Anlagen V bis XIII** beigefügten Beschlussvorschlägen wird zugestimmt.

Die 50. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rosendahl für den Bereich „Nordwestlich der Holtwicker Straße“ im Ortsteil Osterwick, bestehend aus Planzeichnungen, Erläuterungen und Begründung einschließlich Umweltbericht, wird festgestellt.

Abstimmung: einstimmig

**8 10. Änderung des Bebauungsplanes "Nord-West" im Ortsteil Darfeld im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 BauGB sowie Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: IX/319**

Bürgermeister Gottheil verliest den Beschlussvorschlag. Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Beschlussvorschlag:

Das Verfahren zur 10. Änderung des Bebauungsplanes „Nord-West“ wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB für das Gebiet, das dem der Sitzungsvorlage Nr. IX/319 unmaßstäblichen, beigefügten Planentwurf zu entnehmen ist, beschlossen. Dieser Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

Gemäß § 13a in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 und § 3 Abs. 2 BauGB wird die öffentliche Auslegung der Planunterlagen beschlossen.

Dieser Beschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB in Verbindung mit § 13a Abs. 3 Nr. 1 und 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung: einstimmig

9 39. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Gartenstiege" im Ortsteil Holtwick

**Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: IX/316**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgen ebenfalls keine Wortmeldungen. Sodann verliest Bürgermeister Gottheil den Beschlussvorschlag und lässt über diesen abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Das Verfahren zur 39. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Gartenstiege“ im Ortsteil Holtwick wird gemäß § 13 des Baugesetzbuches (BauGB) entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. IX/316 beigefügten Entwurf, bestehend aus Planzeichnungen, Erläuterungen und Begründung, durchgeführt.

Dieser Beschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 BauGB in Verbindung mit § 13 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung: einstimmig

**10 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Kleikamp II" im Ortsteil
Osterwick
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: IX/317**

Bürgermeister Gottheil liest den Beschlussvorschlag vor. Hierzu ergeben sich keine Wortbeiträge.

Beschlussvorschlag:

Das Verfahren zur 3. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Kleikamp II“ im Ortsteil Osterwick wird gemäß § 13 des Baugesetzbuches (BauGB) entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. IX/317 beigefügten Entwurf, bestehend aus Satzungstext, Begründung und Planzeichnungen, durchgeführt.

Dieser Beschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 BauGB in Verbindung mit § 13 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung: einstimmig

11 Mitteilungen

11.1 Brand an der Hauptstraße 41 - Bürgermeister Gottheil

Bürgermeister Gottheil berichtet, dass es am Morgen im Objekt Hauptstraße 41 gebrannt hat. Die Alarmierung erfolgte mit der Stufe 4 „Personen in Gefahr“. Der Brandherd lag im 1. OG einer Wohnung. Vor Ort waren Einheiten der Löschzüge aus den Ortsteilen Darfeld, Holtwick und Osterwick sowie aus Coesfeld (Drehleiter) und Billerbeck aktiv. Auch der Kreisbrandmeister und dessen Stellvertreter waren anwesend. Die Ersthelfergruppe des DRK Rosendahl, unterstützt durch weitere hauptamtliche Rettungskräfte, war neben den rd. 70 Feuerwehrleuten ebenfalls im Einsatz. Das DRK war mit 15 Personen sowie 2 Notärzten präsent.

Es wurde sich sehr besonnen um die zu versorgenden Bewohner gekümmert. Bürgermeister Gottheil dankte auch der Provinzial-Versicherungsagentur Wilger. Dort konnten die „wohnungslos“ gewordenen Bewohner vorübergehend Zuflucht suchen und wurden mit Kalt- und Warmgetränken versorgt.

Die Wohnungen von 12 Personen, auch nicht unmittelbar betroffene Einheiten, können aufgrund von Rauchgasen aktuell nicht genutzt werden. Einige Personen sind bei Familienangehörigen oder Freunden und Bekannten untergekommen. 7 Menschen sind auch durch die Gemeinde vorübergehend in ursprünglich für die Flüchtlingsunterbringung angemieteten Räumen, die noch nicht belegt waren, untergebracht worden.

Eine Person wurde mit Verletzungen (vor allem Atemprobleme) ins Coesfelder Krankenhaus eingeliefert. Weitere Personenschäden waren glücklicherweise nicht zu verzeichnen.

Die Brandursache ist geklärt. Lt. Auskunft der Polizei ist der Brand durch ein Akku-/Batterieladegerät, welches mit Textilien bedeckt war, ausgelöst worden.

Die Räume der Volksbank und von Ernstings Family bleiben vorläufig geschlossen.

Eine vorübergehende räumliche Nutzung im Ortskern wird geprüft.

Bürgermeister Gottheil bedankt sich bei allen Helfern für den umsichtigen Einsatz und die Unterstützung.

11.2 Sitzungskalender 2016 - Bürgermeister Gottheil

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass der Sitzungskalender 2016 per Mail verschickt wurde. Ggf. notwendig werdende Änderungen werden zeitnah bekannt gemacht.

12 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (2. Teil)

12.1 Bekanntmachung von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen - Herr Kramer

Laut Herrn Kramer wurde in der vorletzten Ratssitzung mitgeteilt, wann Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung bekanntgemacht werden. Gemäß § 6 Abs. 2 der Geschäftsordnung müssen nicht alle nichtöffentlichen Beschlüsse bekanntgemacht werden. Herr Kramer fragt, inwieweit von dieser Regelung andere Gesetze auf Informationsrecht verletzt werden.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass Sachverhalte nichtöffentlich beraten und Beschlüsse, solange sie noch nicht spruchreif sind, nicht sofort veröffentlicht werden. Es werden keine Informationen zurück gehalten, sondern es gehe nur um den richtigen Zeitpunkt der Veröffentlichung um die Position der Gemeinde, z.B. bei laufenden Vertragsverhandlungen, nicht zu schwächen. Daher seien Rechtsverstöße durch eine Beratung von Themen in nichtöffentlicher Sitzung aus seiner Sicht nicht erkennbar.

12.2 Kinderbetreuung beim Minilernkreis der Arbeitsagentur - Herr Krug

Herr Krug fragt nach, ob dem Bürgermeister bzw. dem Rat bekannt ist, dass von der Agentur für Arbeit ein Minilernkreis mit Kinderbetreuung angeboten wird. Ihm wurde erzählt, dass die Kinderbetreuung bei diesem Sprachkurs nicht läuft und aus diesem Grunde einige Frauen unregelmäßig oder gar nicht mehr teilnehmen. Er bittet die Verwaltung mit dem Lernkreis zu besprechen, wie dies geändert werden kann.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass diese Probleme nicht bekannt seien. Verwaltungsseitig werde dem Hinweis jedoch nachgegangen, um zu prüfen, ob an der angebotenen Kinderbetreuung ggf. etwas geändert werden kann. Eine Erleichterung könne sich möglicherweise auch dann ergeben, wenn eine Betreuung der Kinder über die Rosendahler Kindertagesstätten oder die Grundschulen in der Unterrichtszeit sichergestellt werde.

12.3 Baustellenverkehr Baugebiet "Nordwestlich der Holtwicker Straße" - Herr Hagen

Herr Hagen erkundigt sich, wie der Baustellenverkehr für das neue Baugebiet „Nordwestlich der Holtwicker Straße“ geregelt werde. Er könnte sich vorstellen, dass bei unzureichender Regelung schwere LKW's von der „Landrat-Knipper-Straße“ über den „Hermann-Löns-Weg“ zum Baugebiet fahren. Er fragt nach, ob dort ein Schild hinkomme, um diesen Weg als Schleichweg zu vermeiden.

Allgemeine Vertreterin Roters legt dar, dass im Rahmen der Planungen auch der Baustellenverkehr geregelt werde. Der Baustellenverkehr könnte z.B. über Einbahnstraßen geregelt werden, so dass die schweren LKW's von der Holtwicker Straße in

das Baugebiet hinein und nach entladen über den Hermann-Löns-Weg hinausfahren könnten. Bei solchen Regelungen müssten dann aber auch die Bauherren die anbietenden Baufirmen entsprechend informieren. Nach Abschluss der Planungen, voraussichtlich im Herbst, werden jedoch erst endgültige Regelungen hierzu getroffen.

Gottheil
Bürgermeister

Manuela Völker
Schriftführerin